

15/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Arbeitsmarkt:

Im nächsten Monat packen wir die Zwei-Millionen-Grenze

Die neuesten Arbeitsmarktzahlen aus der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zeigen erneut einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im April gegenüber dem Vormonat und sind ein weiterer Beleg für die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung, die Mehrbeschäftigung in einem Ausmaß zur Folge hat, das weit über die im Frühjahr saisonübliche Arbeitsnachfrage hinausgeht. Das Absinken der Arbeitslosigkeit entwickelte sich im letzten Monat so deutlich, daß sogar der Präsident der Bundesanstalt, Heinrich Franke, der für seine vorsichtige und zurückhaltende Arbeitsmarkt-Kommentierung bekannt ist, dem Deutschlandfunk gegenüber den optimistischen Satz sprach: „Im nächsten Monat packen wir die Zwei-Millionen-Grenze. Wir werden sie unterschreiten.“

(Eine Stellungnahme zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen sowie das Interview des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit mit dem Deutschlandfunk siehe Seite 14 und 15.)

Europa-Wahlkampf der CDU

Generalsekretär Heiner Geißler informiert über den Ablauf des Europawahlkampfes bis zum 18. Juni und erinnert noch einmal an die wichtigsten Maßnahmen, die auf mehreren Konferenzen besprochen und im UiD vorgestellt worden sind. Ganz besonders wichtig: die Briefwahlkampagne. Seite 26–29

HEUTE AKTUELL

● Heiner Geißler:

Die CDU ist unbestritten die Europapartei. Seite 2



● Rot-Grün

Das grüne Koalitionsangebot steht: Was tut Vogel jetzt? Seite 6

● Alfred Dregger:

Die SPD ist die Partei der massiven Steuererhöhungen. Seite 10

● Landesparteitage

Berichte aus Siegen, Saarbrücken und Karlsruhe. Seite 17–21

● „Euromarkt 2000“

Wer über Europa informiert, der motiviert auch für Europa. Seite 30

Generalsekretär Heiner Geißler:

Die CDU ist unbestritten die deutsche Europapartei

Die Christlich Demokratische Union will die Europawahl zu einer Volksabstimmung für Europa machen. Generalsekretär Heiner Geißler vor der Presse in Bonn: Deshalb führen wir einen pro-europäischen Wahlkampf. Unser Hauptslogan heißt:

**Im deutschen Interesse:
Großes Europa,
große Zukunft.**

● Nach einer Untersuchung des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung vom April 1989 sind erst 43 % der Wählerinnen und Wähler entschlossen, zur Wahl zu gehen. Der relativ niedrige Informationsstand über Fragen der europäischen Politik ist ein weiterer Grund für das geringe Interesse. Nur 26 % der Wahlberechtigten halten sich für gut informiert über den Binnenmarkt.

Hinzu kommt, daß Vorbehalte und Ängste vor allem im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt vorhanden sind. Je höher der Informationsstand ist, desto geringer sind diese Ängste und desto größer ist die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen. Bei denjenigen, die bereits viel über den Binnenmarkt wissen, sehen etwa 60 % dem kommenden Gemeinsamen Markt mit Hoffnungen und nur 39 % mit Befürchtungen entgegen. Bei weniger informierten Bürgerinnen und Bürgern verhält sich dies umgekehrt.

Deshalb ist der Wahlkampf für die CDU vor allem ein Informationswahlkampf.

Wir brauchen zur Mobilisierung vor allem Aufklärung, Diskussion und Argumente. Wer über Europa informiert, motiviert und mobilisiert für Europa.

● Die CDU hat bei dieser Wahl gute Chancen, weil die CDU die größte Kompetenz in der Europapolitik besitzt und unbestritten die deutsche Europapartei ist. 45 % der Wahlberechtigten nennen spontan die CDU als „Partei mit dem stärksten Einsatz für Europa“; die SPD steht abgeschlagen bei 33 %. Helmut Kohl hat durch seinen Einsatz für den Europäischen Binnenmarkt großes Ansehen als Europapolitiker erworben. Auf die Frage, welche Politiker sich heute besonders stark für das Vorankommen der Europäischen Gemeinschaft einsetzen, wird er selbst von SPD-Anhängern häufiger genannt (24 %) als etwa Hans-Jochen Vogel (22 %) oder Oskar Lafontaine (7 %).

Helmut Kohl für Europa

Helmut Kohl steht in diesem Wahlkampf als erfolgreicher Europäer und als einer der Architekten des Europäischen Binnenmarktes in der europapolitischen Tradition der CDU-Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger. Deshalb wird der Bundeskanzler auch in der öffentlichen Darstellung der CDU, vor allem in der Plakatierung, aber auch in den Hörfunk- und Fernsehspots, eine herausragende Rolle spielen.

● Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat einmal gesagt: La France agrandit par l'Europe (Frankreich

Im deutschen Interesse:

Großes Europa, große Zukunft.

Christdemokraten bauen Europa



wird größer durch Europa). Auch Deutschland wird größer und stärker durch Europa. Das gilt für unsere nationalen, unsere wirtschaftlichen und unsere sozialen Ziele.

► Während für die Sozialdemokraten der Gedanke der nationalen Einheit den europäischen Integrationsprozeß stört (Egon Bahr) und die Rechtsradikalen die europäische Einigung als Hindernis für die nationale Einheit diffamieren, ist für die Christlich Demokratische Union die europäische Einigung in Frieden und Freiheit die Voraussetzung und der Rahmen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen.

► Die CDU bekennt sich zu Europa als der Wertegemeinschaft freiheitlicher und demokratischer Staaten, die zusammen im engen Bündnis mit den Vereinigten Staaten Frieden und Freiheit sichern. Diese Politik bedeutet auch eine klare

und eindeutige Absage an einen deutschen Sonderweg und einen politischen Neutralismus von links oder rechts. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa gehören auch in der Zukunft an die Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.

Frieden und Freiheit

► Ein großes, einiges Europa wird die weltpolitische Bedeutung der europäischen Länder und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit z. B. gegenüber dem nordamerikanischen und dem pazifischen Raum entscheidend stärken.

► Der Europäische Binnenmarkt sichert die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Er schafft einen einheitlichen Markt von 320 Millionen Verbrauchern mit allen Chancen für deutsche Wertarbeit und qualifizierte Arbeitskräfte.

► Die Europäische Gemeinschaft muß nicht nur zu einer Wirtschafts- und Handelsgemeinschaft, sondern auch zu einer Umweltgemeinschaft, Forschungs- und Technologiegemeinschaft, einer Gemeinschaft für innere Sicherheit, einer Sozialgemeinschaft und zur Politischen Union ausgebaut werden. Dafür fordert die CDU z. B.:

- ☐ die Einführung des geregelten 3-Wege-Katalysators;
- ☐ eine Konvention zum Schutz der Alpen;
- ☐ die Einführung der deutschen Sicherheitsstandards bei Kernkraftwerken;
- ☐ den Abschluß eines Vertrages zwischen den EG-Staaten zur Erforschung, Entwicklung und Auswertung der Sonnenenergie;
- ☐ die Verabschiedung einer europäischen Sozialcharta;
- ☐ ein einheitliches europäisches Asylrecht;
- ☐ die Gründung einer europäischen Bundespolizei mit grenzüberschreitenden Kompetenzen.

Wir fordern, daß das neu gewählte Europäische Parlament eine Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa ausarbeitet.

● Für die CDU ist die Europäische Gemeinschaft der Kern eines friedlichen und freiheitlichen, auf Osteuropa übergreifenden europäischen Einigungsprozesses, durch den sich Freiheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie in ganz Europa durchsetzen. Dazu ist die Bereitschaft der EG notwendig zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten.

● Die SPD argumentiert im Europawahlkampf mit einer doppelten Moral und will die Wähler hinter Licht führen:

► In der Bundesrepublik Deutschland schürt sie Angst vor angeblichem Sozial-

abbau und sozialem Elend; in Europa will sie die vorbildlichen deutschen Sozialleistungen für alle EG-Länder durchsetzen und warnt davor, das hohe deutsche Sozialleistungsniveau an das niedrigere anderer EG-Länder anzupassen.

► Auch in der Umweltschutzpolitik stellt die SPD die Dinge auf den Kopf. Unbestritten betreibt die Bundesregierung im Vergleich mit den anderen EG-Staaten die bisher wirksamste und beste Umweltschutzpolitik. Trotzdem behauptet die SPD, die Bundesregierung habe wenig für den Umweltschutz getan und habe kein Interesse daran, den Umweltschutz europaweit auszubauen.

Diese Beschuldigungen der SPD sind eine Beleidigung für die Intelligenz der Wähler.

► Zur Doppelmoral der SPD gehört, daß sie zwar, wie die CDU, den Rechtsradikalismus bekämpft, den Linksradikalismus dagegen hat sie jahrelang verharmlost, hoffähig und jetzt zum Regierungspartner gemacht; dieses rot-grüne Modell will sie auf die ganze Bundesrepublik ausdehnen. Die SPD will offen mit den Linksradikalen koalieren und von den Rechtsradikalen klammheimlich profitieren. Die gewalttätigen Ausschreitungen am 1. Mai in Berlin sind die Folge rot-grüner Politik und der aktuellste Beleg für die Richtigkeit unseres Mottos

Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.

Und damit die Europa-Wahl nicht als Protestwahl mißbraucht wird, erinnern wir an Berlin und Frankfurt:

**Wer rechtsradikal wählt,
wird links regiert.**

Rot-grüne Realität in Berlin: Chaoten haben freie Bahn

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 8. Mai 1989 unter der Leitung des Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Situation in Berlin nach den schweren Krawallen in Kreuzberg analysiert und dazu die nachfolgende Erklärung verabschiedet:

Die CDU verurteilt das Versagen des SPD/AL-Senats in Berlin gegenüber den gewalttätigen und kriminellen Ausschreitungen am 1. Mai und den Versuch des SPD-Innensenators Pätzold, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen. Die CDU wird es nicht zulassen, daß die vom Regierenden Bürgermeister Momper gedeckte Unfähigkeit des Innensenators der Polizei angelastet wird. Zu Sachschäden in Millionenhöhe hat in Berlin das Zurückweichen des Staates vor gewalttätigen Straftätern geführt, die das Eigentum von Arbeitnehmern und Inhabern kleinerer Geschäfte zerstört haben. Die politischen Vorgaben des SPD-Innensenators hatten die Verletzung von 335 Polizisten zur Folge und haben dem Rechtsstaat schwer geschadet. Erschreckend ist, daß der SPD-Innensenator auch nach den Ereignissen des 1. Mai an seiner falschen Taktik der sogenannten Deeskalation festhalten will.

Berlin ist kein Einzelfall, sondern ein weiteres Beispiel dafür, daß auf die SPD beim Kampf gegen Gewalt und Rechtsbruch kein Verlaß ist: weitere Beispiele sind die Hamburger Hafenstraße, die Kiefernstraße in Düsseldorf und das Nachgeben gegenüber den RAF-Häftlingen.

Der CDU-Bundesvorstand fordert die SPD auf, zum Konsens aller demokrati-

schen Parteien gegen gewalttätige Terroristen zurückzukehren, ihre gescheiterte Strategie gegenüber Rechtsbrechern zu ändern und sich eindeutig auf die Seite der Polizei zu stellen, die den Rechtsstaat, die Bürger, den inneren Frieden und die Stabilität unserer Demokratie schützt.

Berlin zeigt, wie rot-grüne Realität aussieht: Die Polizei wird behindert, Chaoten haben freie Bahn. Die SPD will rot-grüne Bündnisse nach Berliner Vorbild zum Modell überall in der Bundesrepublik Deutschland machen.

Und etwas zeigt Berlin auch: Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert. ■

Menetekel für die SPD

„Es sind Zweifel erlaubt, ob die SPD in ihrer gegenwärtigen Verfassung willens und in der Lage ist, wirkliche Verantwortung für die innere Sicherheit in unserem Land zu übernehmen. Eine Partei, die linke Extremisten hofiert, kopiert oder mit ihnen koalitiert, verliert ihre Identität als Sachwalterin des Rechtsstaats. Die SPD sollte endlich darüber nachdenken, wie weit sie den rot-grünen Weg zu einer anderen Republik noch beschreiten will. Die Berliner Ereignisse vom 1. Mai sind ein Menetekel auch und gerade für die SPD.“

**Friedrich Bohl, Erster
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Das grüne Koalitionsangebot steht: Was tut SPD-Chef Vogel jetzt?

Antje Vollmer hat mit ihrer Rede am 27. April 1989 im Deutschen Bundestag die Katze aus dem Sack gelassen: Das Koalitionsangebot der Grünen an die SPD steht.

Was tut SPD-Chef Vogel jetzt? Bisher hat er sich um eindeutige Koalitionsaussagen herumgedrückt. Als Spitzenkandidat der SPD sagte er vor der Bundestagswahl 1983 mehrdeutig: „Wenn es einen Bundeskanzler Vogel gibt, dann wird dieser Bundeskanzler Vogel für die Politik der Sozialdemokraten die Mehrheiten suchen, notfalls von Fall zu Fall und notfalls dort, wo er sie bekommt.“ (Hessischer Rundfunk, „Frankfurter Gespräch“, 23. Januar 1983.) Das konnte eigentlich nur heißen: Die SPD akzeptiert die Grünen als Bündnisgenossen. Nach der Wahl sollte das aber nicht mehr wahr sein. Denn Vogel war zu der Erkenntnis gelangt: „Eine Zusammenarbeit mit den Grünen im eigentlichen Sinn des Wortes halte ich nicht für möglich.“ (Münchener Merkur, 15. April 1989.)

Vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 ließ Vogel sein Parteipräsidium eine Erklärung verabschieden, in der es heißt: „Wer AL wählt, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.“ (23. Januar 1989.) Nachdem aber die SPD in Berlin nach der Wahl kräftig mit der Alternativen Liste „gemompert“ hatte, bescheinigte auch Vogel dem neuen Bündnispartner, er wolle „im Rahmen der demokratischen Ordnung Mitverantwortung übernehmen“; die rot-grüne Koalition in Berlin werde, so Vogel, „Impulse ... geben, die über Berlin hinausreichen“. (Sozialdemokrat-Magazin, April 1989.) Soll also der

rot-grüne Senat von Berlin zum Modell für die Bundesrepublik Deutschland werden?

Vogel soll jetzt klar sagen: Will die SPD nach der nächsten Bundestagswahl ein Bündnis mit den Grünen oder nicht? Die Wähler haben einen Anspruch darauf, eindeutig zu erfahren, wohin die Reise gehen soll. Alles andere wäre versuchter Wählerbetrug. Frau Vollmer hat deutlich gemacht, wie rot-grüne Politik aus ihrer Sicht aussehen soll. Vogel muß jetzt erklären, ob er dem zustimmt.

● Wollen Vogel und die SPD sich mit einem Partner verbünden, der sich in Regierungsämtern verantwortungsvoll zu geben versucht und gleichzeitig als außerparlamentarische Opposition die Straße mobilisiert? Wie will die SPD internationale Verstimmungen vermeiden, wenn — wie in Berlin — der amerikanische Präsident vom SPD-Bürgermeister „offiziell“ herzlich eingeladen und „inoffiziell“ durch den Koalitionspartner rüde ausgeladen wird? Wie will die SPD die Sicherheit der Bürger garantieren, wenn — wie in Berlin — der SPD-Bürgermeister den Straßenterror von Chaoten „offiziell“ verurteilt, gleichzeitig aber der Koalitionspartner „inoffiziell“ erklärt, die brutale Gewalt, die über 300 verletzte Polizisten forderte, sei ein „voller Erfolg für linke Politik in Berlin“? (Süddeutsche Zeitung, 3. Mai 1989.)

● Gelten in einem solchen rot-grünen Bündnis noch demokratische Spielregeln, zum Beispiel das Mehrheitsprinzip? Oder gilt statt dessen eine selbstangemaßte Minderheitsmoral? In ihrer Bundestagsrede hat Frau Vollmer davon gesprochen,

daß die Bundesregierung schon so gut wie abgewählt sei. Welches Demokratieverständnis liegt hier eigentlich vor? Sollen in Zukunft Wahlen durch Meinungsbefragungen ersetzt werden? Oder gar durch Beschlüsse von Parteitag der Grünen?

Mompers Partner, die Alternative Liste, denkt bereits seit langem über Alternativen nach: „Die Institution Parlament ermöglicht nicht die direkte Demokratie, die wir wollen. Wir haben noch kein Konzept, was man an die Stelle des Parlamentes setzen könnte, aber man muß weiter darüber nachdenken.“ (Klaus-Jürgen Schmidt, Fraktionsvorsitzender der AL im Abgeordnetenhaus, zitiert nach der „Zeit“, 9. Juli 1982.)

● Frau Vollmer hat angedeutet, was die Grünen vorhaben: Die Reformgesetze dieser Legislaturperiode sollen zurückgenommen werden; denn anders kann man es nicht interpretieren, wenn sie sagt, daß von diesen Reformen nichts mehr übrig bleiben werde. Eine rot-grüne Regierungskoalition würde also folgende „Fortschritte“ bringen:

- ▶ Gemessen an den jetzt geltenden Steuereinsparungen würden die Bürger über 45 Milliarden Mark mehr für rot-grüne Alternativprojekte zahlen müssen.
- ▶ Über 500.000 Bürger — viele von ihnen mit Kindern —, die nach der Steuerreform keine Lohnsteuer mehr zu bezahlen brauchen, müßten von ihrem geringen Einkommen wieder beträchtliche Anteile an den Staat abführen.
- ▶ Der Mittelstand, ein Motor des Wachstums und der Innovation, würde durch eine steile Steuerprogression belastet. Investitionen würden verhindert, Arbeitsplätze vernichtet. Im europäischen und weltweiten Wettbewerb würde unser Land zweitklassig werden: Die Wirtschaft würde schrumpfen — wie

schon einmal 1981/82 unter der Verantwortung der SPD.

● Arbeiter gibt es bei den Grünen kaum. Deshalb brauchen die Grünen sich um Arbeitsplätze auch keine Sorgen zu machen. Aber die SPD? Sie behauptet doch immer noch, eine „Arbeiterpartei“ zu sein. Kann es ihr auch gleichgültig sein, wie es mit den Arbeitsplätzen weitergeht?

Frau Vollmer hat darauf hingewiesen, daß es bei einem rot-grünen Bündnis Reibungspunkte geben werde, zum Beispiel, „wenn es um die schmerzliche Entscheidung zwischen ökologisch sinnvoller Produktion und Arbeitsplatzert halt geht“. Bei den Grünen ist diese Entscheidung klar: Was produziert wird, entscheiden die Grünen. Arbeitsplatzert halt ist nicht so wichtig. Sollen in Zukunft deutsche Automobilarbeiter Fahrräder herstellen, wie dies von Grünen schon gefordert wurde?

Rot-Grün bedeutet: Aus für den Binnenmarkt

Die Grünen verlangen eine Abkoppelung von der Weltwirtschaft. Was das bedeutet, wird erst klar, wenn man weiß, daß jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland vom Export abhängt. Die Grünen sind auch gegen die Europäische Gemeinschaft, obwohl bereits heute jeder fünfte Arbeitsplatz durch unsere Ausfuhren in die EG gesichert wird.

Rot-Grün würde bedeuten: Schluß mit dem Binnenmarkt 1992, dem leistungsfähigsten Markt der Welt mit über 320 Millionen Verbrauchern. Der Cecchini-Bericht der Europäischen Gemeinschaft sagt eine bis fünf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze nach der Vollendung des Binnenmarktes voraus. Ein rot-grünes Bündnis in der Bundesrepublik Deutschland würde zum größten europäischen

Arbeitsplatz-Verhinderungs-Unternehmen.

Der rot-grüne Senat von Berlin bietet dazu übrigens erstes Anschauungsmaterial: Die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und AL sehen vor:

- Streichung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie Ausbau der Flughäfen, Stadtautobahnen und Binnenschiffahrtswege.

- Erhöhung der Gebühren um 60 Millionen Mark jährlich.

- Die private Wohnungswirtschaft soll weitgehend ausgeschaltet werden.

- Die Akademie der Wissenschaften, das Deutsche Herzzentrum, das geplante Deutsche Rheumaforschungszentrum, das Zentrum für Schwer-Brandverletzte und das Transplantationszentrum sollen aufgelöst beziehungsweise verhindert werden oder nur noch eingeschränkt arbeiten können.

Selbst der DGB warnte vor den Folgen einer rot-grünen Politik für die Arbeitnehmer. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach sagte, die SPD/AL-Koalition sei „im Regierungsalltag immer wieder vom Mißerfolg bedroht“.

(Express, 8. März 1989.)

- Wollen sich Vogel und die SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik in eine rot-grüne Geisterbahn setzen? Als SPD-Chef Vogel die USA besuchte, gab er sich pro-amerikanisch. Frau Vollmer dagegen hat in ihrer Rede klargemacht, wohin die rot-grüne Reise gehen soll; in ihrer Sicht hat die Wertegemeinschaft des Westens „überall Risse und Sprünge“. Deutlich schimmert der neutralistische Kurs der Grünen durch: Mißtrauen gegenüber dem westlichen Bündnis, das uns 40 Jahre Frieden und Freiheit gesichert hat; Verleumdung der USA, die zum Beispiel die Freiheit von Berlin (West) sichern („Druck von seiten der Amerikaner ...,

weswegen sie auch vorbeugend einen ihrer härtesten Strategen als Botschafter nach Bonn geschickt haben“); grenzenlose Naivität gegenüber der Sowjetunion, bei der die Grünen Ankündigungen schon für Taten nehmen: „500.000 Mann — die gesamte Stärke der Bundeswehr — wird er (Gorbatschow) in den nächsten Jahren von fremden Territorien abziehen.“

Das ist der Kurs der Grünen, die in ihrem Parteiprogramm den Ausstieg aus der NATO fordern. Wollen Vogel und die SPD das auch?

Ausstieg aus der NATO?

- Frau Vollmer sagt, Manöver und Zivilschutzübungen seien „out of time“. Ist es wirklich altmodisch, daß unsere Soldaten die Kampfkraft der Truppe durch Manöver auf hohem Niveau halten und so einen unersetzlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten? Eine Abschaffung oder einschneidende Verringerung von militärischen Übungen würde unsere Verteidigungsfähigkeit schwächen.

Die SPD unternimmt zur Zeit große Anstrengungen, mit der Bundeswehr ins Gespräch zu kommen. Dabei gibt sie sich bundeswehrfreundlich. Kann es die SPD gegenüber unseren Soldaten verantworten, mit politischen Kräften zusammenzuarbeiten, deren Vorstellungen ein Risiko für unsere Sicherheit sind?

- Frau Vollmer will eine „definitive Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR“. Das will die DDR auch. Will es auch die SPD? Darauf muß SPD-Chef Vogel jetzt eine Antwort geben. Das Grundgesetz spricht vom Willen des deutschen Volkes, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“, und verpflichtet uns, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Was Frau Vollmer fordert, ist also grundgesetzwidrig. Die SPD muß sich dazu erklären.

Die CDU hält am Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen fest. Die Deutschen in der DDR sollen selbst entscheiden können, was sie wollen. Die Grünen halten sich offenbar für legitimiert, darüber zu entscheiden, was das Beste für die Deutschen in der DDR ist. Auch dazu muß die SPD Stellung nehmen.

● Es ist vornehmste Aufgabe des Rechtsstaates, für den Schutz der Bürger, vor allem jener einzutreten, die sich nicht selbst schützen können. Frau Vollmer hat im Bundestag versprochen, eine rot-grüne Regierung hätte die inhaftierten RAF-Terroristen „mit humanen Haftbedingungen geradezu ‚malträtiiert‘“.

Wer sind eigentlich diese RAF-Häftlinge? Sie sind verurteilt wegen Mord, Mordversuch, Entführung, Erpressung, Sprengstoffanschlägen. Ihre terroristischen Ziele haben sie nicht aufgegeben. „Entweder sie gehen auf unsere Forderungen ein, oder wir kämpfen bis zum Tod.“ (Karl-Heinz Dellwo, zweimal lebenslange Freiheitsstrafe, zitiert nach Stern, 22. März 1989.) Sollen sie dafür auch noch belohnt werden? Sie können Besuche empfangen, Briefe erhalten, Zeitungen abonnieren und fernsehen. Die RAF-Terroristen sind keine Urlauber im Gefängnis, sondern rechtskräftig verurteilte Kriminelle. Sie verbüßen die gerechte Strafe für ihre Taten.

Wie es unter einer rot-grünen Regierung um den Schutz der Bürger vor brutaler Gewalt bestellt ist, das hat Berlin gerade gezeigt: Die Sachschäden gehen in die Millionen; betroffen sind vor allem kleine Leute, die voraussichtlich von niemandem entschädigt werden. Mindestens 12 Geschäfte wurden geplündert, 18 verwüstet, die Fensterfronten von 40 Geschäften wurden zerstört; 95 Autos wurden demoliert, davon brannten 30 völlig aus. Und am schlimmsten: Über 300 Polizisten wurden verletzt.

Wollen Vogel und die SPD dieses rot-grüne Bündnis jetzt etwa zum Modell für die Bundesrepublik Deutschland machen?

Frau Vollmer hat gesagt: „Es wird wahrscheinlich spannend in dieser Republik ... Das Überschießende, das Visionäre bei dieser Perspektive wird aus den grünen Elementen kommen.“ Das mag eine Hoffnung für die Grünen und ihre radikale Klientel sein. Die Bürger hätten solche rot-grünen Visionen zu fürchten.

Asylpolitik

Maßnahmen zeigen erste Wirkungen

Der Rückgang der Asylbewerber aus Jugoslawien beweist, daß die auf Betreiben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung zu wirken beginnen und richtig sind.

Für die Zukunft gilt:

1. Politisch Verfolgte finden auch in Zukunft bei uns Aufnahme.
 2. Wer aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land einwandern will, muß damit rechnen, daß ihm der Zugang erschwert, daß offensichtlich unbegründete Asylverfahren schneller abgewickelt und daß danach — konsequenter als in der Vergangenheit — abgeschoben wird.
- Bundesinnenminister Schäuble hat deutlich gemacht, daß er die Zielvorgabe nicht nur teilt, sondern bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet hat.

Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ihn dabei tatkräftig unterstützen.

Alfred Dregger:

Die SPD ist die Partei der massiven Steuererhöhungen

In der Debatte über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. 4. 1989 erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger u.a.:

Meine Damen und Herren von der SPD, 1969 übernahmen Sie ein glänzendes Erbe. Ich brauche nur den damaligen Oppositionsführer Rainer Barzel mit zwei Sätzen zu zitieren. Er sagte damals ohne Ihren Widerspruch:

„Sie treten Ihr Amt an bei Vollbeschäftigung, stabilem Geld und wohlgeordneten Finanzen. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland stand kein Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt in einer vergleichbaren Situation“

In der Tat, so war es 1969, bevor Sie die Regierung übernahmen.

Reden Sie nur von der Weltwirtschaft! Auch heute sind wir in der Weltwirtschaft und müssen uns in ihr bewähren!

„Sie waren mit Ihrem Regierungslatein am Ende“

Als Sie, meine Damen und Herren, 1982 nach 13 Jahren das Steuer des Staates wieder an uns abgeben mußten, hatte sich die Lage unseres Landes grundlegend verändert, und zwar grundlegend verschlechtert.

Aus Vollbeschäftigung war Massenarbeitslosigkeit geworden, aus weitreichender Schuldenfreiheit ein hoch verschuldetes Land, dessen Zinslast heute noch unsere Handlungsfähigkeit einschränkt.

Es ist doch gewiß bemerkenswert, daß die jetzige Nettoneuverschuldung im

wesentlichen zur Abdeckung der Zinslast für Ihre Altschulden in Anspruch genommen wird.

1982, als Sie mit Ihrem Regierungslatein am Ende waren, schien auch unser Land am Ende zu sein. Man sprach im Ausland schon von der „deutschen Krankheit“. Man glaubte, die Deutschen gehörten nicht mehr zur ersten Garnitur der Industrienationen.

„Sie sind auch die Partei der sinkenden Löhne“

Der wirtschaftliche Abstieg unter Ihrer Verantwortung hatte schwerwiegende soziale Folgen. Die Verbraucherpreise stiegen damals im Jahresdurchschnitt um 5,3 Prozent, mehr als jemals zuvor und mehr als jemals danach. Das blieb Ihrer Regierungszeit vorbehalten.

Die **Reallöhne** der Arbeitnehmer und Rentner gingen zurück. Jetzt steigen sie wieder wie in der Zeit, bevor Sie die Regierungsverantwortung übernahmen.

Es ist wahr: Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sind nicht nur die Partei der Geldentwertung und der Massenarbeitslosigkeit, Sie sind auch die Partei der sinkenden Reallöhne für Lohnempfänger und auch für Rentner.

Aber nicht nur das: Die SPD ist auch die Partei der massiven Steuererhöhungen.

● Sozialdemokraten haben in ihrer kurzen Regierungszeit von 1969 bis 1982 die Umsatzsteuer gleich dreimal erhöht, nämlich 1978, 1979 und 1981;

● Sozialdemokraten haben die Mineralölsteuer dreimal erhöht, nämlich 1972, 1973

Neu in Versmold:

Die UiD-Dokumentation 14/1989, „Unsere Perspektiven für die 90er Jahre“, Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. April 1989, kann ab sofort in unserem IS-Versandzentrum, 4804 Versmold, Postfach 13 28, bezogen werden.

Bestell-Nr.: 5160

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM zuzügl. MwSt. inkl. Versand

und 1981. Am liebsten würden Sie sie jetzt noch einmal ganz kräftig erhöhen. Das haben Sie doch auch angekündigt.

● Sozialdemokraten haben die Heizölsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Schaumweinsteuer je einmal erhöht, nämlich 1972, 1981 und 1982.

● Sozialdemokraten haben die Tabaksteuer dreimal erhöht, nämlich 1972, 1977 und 1982.

● Sozialdemokraten haben die Brantweinsteuer gleich fünfmal erhöht, nämlich 1972, 1976, 1977, 1981 und 1982.

Sie haben dem kleinen Mann nicht sein Schnäpschen gegönnt. Das ist die innere Einstellung der Sozialdemokraten.

Sie erwarben sich in Ihrer Regierungszeit eben auch dieses Markenzeichen: Sie sind die Partei der massiven Steuererhöhungen.

Strohfeuermilliarden für Investitionsprogramme

Seit 1976 brachte jeder Ihrer Haushalte Einsparungen zu Lasten der sozial Schwachen, gekoppelt mit Strohfeuermilliarden für Investitionsprogramme, die ihre Wirkung nicht erzielten, sondern nur die Schulden erhöhten.

Wie katastrophal Sie selbst die Lage beurteilt haben, wurde durch die Spargesetze vom 12. November 1981 deutlich, mit denen Sie dem kleinen Mann die Rechnung präsentierten.

● Über dreißigmal haben Sie damals zugegriffen;

● über dreißigmal haben Sie abkassiert;

● über dreißigmal haben Sie umverteilt.

Und wo? Sie haben gekürzt, gestrichen, verteuert

● bei der Krankenversicherung,

● bei der Rentenversicherung,

● beim Mutterschaftsgeld,

● beim Wohngeld,

● beim Schlechtwettergeld.

Diese hektischen Reparaturversuche kurz vor dem Ende Ihrer Regierungszeit machen mehr als alles andere das völlige Scheitern sozialdemokratischer Regierungspolitik deutlich.

Da das so ist, reden Sie nie über Ihre eigene Regierungszeit. Die Ergebnisse waren zu miserabel. Ich kann das ja verstehen.

„Sie spielen heute den Robin Hood zu unrecht“

Nach alldem ist es schon eine Frechheit, daß ausgerechnet die SPD sich jetzt in ihrer Propaganda als Anwalt der Armen und Entrechteten aufzuspielen versucht. Wer heute den sozialen Robin Hood spielen will, sollte nicht gestern im Steuer- und Sozialbereich die kleinen Leute so ausgenommen haben, wie Sie es in Ihrer Regierungsverantwortung getan haben.

Diese sozialdemokratische Panikpolitik sollte nach Vorstellung der SPD mit dem Haushaltsentwurf 1983 und seinen Begleitgesetzen fortgesetzt werden. Es war gut für unsere Mitbürger und gut für Deutschland, daß Sie im Oktober 1982 aus der Regierungsverantwortung abgelöst wurden.

Seit 1982 können wir mit der FDP wieder eine Politik der Stabilität, der Solidität, des Wirtschaftswachstums und der steigenden Realeinkommen für die breiten Schichten unseres Volkes verwirklichen.

Dabei haben wir nicht nur, Herr Kollege Vogel, die Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft, die wir ja vorangetrieben haben, und der weltwirtschaftlichen Entwicklung genutzt. Wir haben uns nicht nur in einem Geleitzug des Aufstiegs aufwärts bewegt.

„Wir sind heute Weltmeister in der Geldwertstabilität“

Wir sind seit 1986 die größte Exportnation der Erde, was wir vorher nicht gewesen sind. Wir sind seitdem auch Weltmeister in der **Geldwertstabilität**. Die Franzosen bezeichnen heute die DM als die „force de frappe“ der Deutschen. Deswegen werden wir zusammen mit der Bundesbank das Notwendige tun, um Auftriebendenzen in Grenzen zu halten.

Ich weiß, das hören Sie nicht gern, und Sie hatten das offenbar auch nicht erwartet.

Seit Verlust Ihrer Regierungsverantwortung haben Sie mit Hilfe Ihnen genehmer Medien — leider nicht ohne Erfolg — versucht, ein Schweigeverbot über Ihre Fehlleistungen zu verhängen. Wir durchbrechen dieses Schweigeverbot, und wir durchbrechen es auch, wenn es um die Darstellung unserer großen Erfolge in den letzten sechseinhalb Jahren geht.

Sechseinhalb Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl! Wir haben in dieser kurzen Zeit nicht nur wirtschaftlich und sozial einen internationalen Status erreicht, um den uns die Welt beneidet. Fahren Sie doch ins Ausland — was Sie alle tun — und fragen Sie dort, wie die uns beurteilen.

Wir haben vier große Reformen angepackt, die seit langem überfällig waren

und die anzupacken, Sie nicht die Kraft hatten.

Es sind:

- die große **Steuerreform**,
- die **Gesundheitsstrukturreform**,
- die **Rentenreform** und
- die **Postreform**.

Ich frage jetzt die Opposition konkret: Was davon wollen Sie rückgängig machen?

Wollen Sie, daß die 500 000 Kleinverdiener, die dank unserer Steuerreform keine Lohn- und Einkommenssteuern mehr zu zahlen brauchen, in Zukunft ihr Geld wieder beim Finanzamt abliefern sollen? Wollen Sie das?

Wollen Sie den durchgehenden Lohn- und Einkommenssteuertarif rückgängig machen, der zu einer Dauerentlastung unserer mittleren Leistungselite vom gut verdienenden Facharbeiter bis zum mittelständischen Unternehmer führt? Wollen Sie das rückgängig machen?

Wollen Sie das Ergebnis unserer Gesundheitsstrukturreform, nämlich Beitragssenkung und Beitragsstabilität und ambulante Hilfe für Schwerstpflegebedürftige bei sich zu Hause, rückgängig machen?

„Wollen Sie den Aufschwung wieder stoppen?“

Wollen Sie den nun in das achte Jahr gehenden Aufschwung unserer wirtschaftlichen Leistungskraft stoppen?

Wollen Sie den Anstieg der verfügbaren Arbeitnehmerinkommen um real 12 Prozent seit 1982 kassieren, wie Sie es früher gemacht haben?

Wollen Sie über 1 Millionen oder, wie die angesehene „Wirtschaftswoche“ unter Bezugnahme auf die Volkszählung schreibt, 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, die während unserer Regierungsverantwortung entstanden sind, gefährden?

Hinweis:

Den vollständigen Text der Rede „Gemeinsam um den Sieg kämpfen“, die der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in der Debatte zur Regierungserklärung am 27. April 1989 gehalten hat, finden Sie in einer Broschüre der Reihe „Dokumente“, die von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag herausgegeben wird.

Wollen Sie unsere zusätzlichen jährlichen Leistungen an die Familien in Höhe von jetzt rund 16,5 MilliardenDM und, wie der Bundeskanzler erklärt hat, ab 1990 von 18 MilliardenDM rückgängig machen?

Wollen Sie rückgängig machen, daß Europa an Dynamik gewonnen hat und den Durchbruch zum größten Markt der Erde vollzieht?

„Wollen Sie denn alles rückgängig machen?“

Wollen Sie rückgängig machen, daß mehr Deutsche als jemals zuvor aus den beiden Staaten in Deutschland einander begegnen sind?

Wollen Sie die von uns herbeigeführte Verminderung der Bleiemissionen von jährlich 2 000 Tonnen rückgängig machen? Wollen Sie also die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren rückgängig machen?

Meine Damen und Herren der Opposition, keine unserer Leistungen und Erfolge werden Sie rückgängig machen können und in Wahrheit rückgängig machen wollen. Was Sie an Kritik äußern, ist nichts anderes als verzweifelte Pflichttübung und billige Effekthascherei. Daran kommen Sie nicht vorbei. ■

Praktische Hilfe für türkische Rückkehrer

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die erste Lieferung gebrauchter Maschinen und Werkzeuge in die Türkei als „Beitrag zur weiteren Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen“ begrüßt.

Die Maschinen, die aus dem Unternehmensbereich der Mannesmann AG stammen und in Duisburg-Huckingen überholt und instand gesetzt wurden, sind Teil eines gemeinsamen Programms des Bundesarbeitsministeriums und des Institutes der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung beteiligt sich mit finanziellen Zuschüssen, die Wirtschaft gibt Sachspenden und stellt Werkstätten und Ausbilder zur Verfügung.

Die jetzt in Marsch gesetzte erste Lieferung hat einen Wert von 60.000 Mark. Sie besteht aus zwei Drehbänken, einer Fräsmaschine und Werkzeugen. Die Spenden sind für die Kleinindustriezone Ostim nahe der türkischen Hauptstadt Ankara bestimmt. Dort werden junge Türken nach deutschem Vorbild ausgebildet.

Besonders erfreut zeigte sich der Bundesarbeitsminister über die Tatsache, daß bei der Mannesmann AG nun auch türkische Ausbilder geschult werden, die in Zukunft in der Türkei ihre in Deutschland erworbenen Fachkenntnisse weitervermitteln werden.

Norbert Blüm: „Ich halte die gemeinsame Initiative von Staat und Wirtschaft für beispielhaft. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland kann in den Herkunftsländern zu einem Gewinn an Fachwissen und technischem Fortschritt werden. Die türkische Regierung hat dies erkannt und unserer Initiative praktischer Rückkehrförderung die Wege gebahnt.“ ■

Arbeitsmarkt

Mit weiteren Verbesserungen kann schon sehr bald gerechnet werden

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther, folgende Stellungnahme abgegeben:

Der erneute Rückgang der Arbeitslosigkeit im April 1989 gegenüber März ist ein erneuter Beleg für die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung, die auch Mehrbeschäftigung und Rückgang der Arbeitslosigkeit über das im Frühjahr saisonübliche Ausmaß hinaus zur Folge hat.

Wie gut die Entwicklung des Arbeitsmarktes im bisherigen Verlauf des Jahres 1989 tatsächlich ist, wird deutlich, wenn man die April-Zahlen 1989 mit denen der

Vorjahre vergleicht: nach 1982 lag die Zahl der Arbeitslosen im April stets deutlich über 2,2 Millionen.

Hoher Stand der Erwerbstätigkeit, hohe Zahlen der offenen Stellen und das schon fast bedeutungslos niedrige Ausmaß der Kurzarbeit sind eindeutige Signale dafür, daß in den nächsten Monaten mit weiteren Verbesserungen in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung gerechnet werden kann. Der im Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierte Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in 1989 gegenüber 1988 um fast 170.000 auf etwa 2.075.000 erscheint durchaus realistisch.

Erfreuliche Zahlen

Die Konjunktur läuft wie geschmiert. Die Auftragsbücher der Industrie sind randvoll. Und auch die April-Zahlen, die von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegt wurden, sind erfreulich. Sie stimmen auch deshalb hoffnungsfroh, weil erstmals nicht nur saisonale, sondern auch konjunkturelle Gründe für den Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt ausschlaggebend waren. Von einer „chaotischen Arbeitsmarktpolitik“, wie die SPD das Nürnberger Zahlenwerk kommentiert, kann wohl keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Hoffnung, im Mai die Zahl der Arbeitslosen unter die Zweimillionengrenze zu drücken, ist berechtigt.

General-Anzeiger, Bonn

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit vordringlich

Trotz erfreulich hoher Vermittlungszahlen der Bundesanstalt für Arbeit ist die Arbeitsmarktpolitik leider immer noch durch die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit belastet. Diese muß durch gezielte und differenzierte Maßnahmen bekämpft werden, die erfreulicherweise ein herausragender Schwerpunkt der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 27. April 1989 sind. Eine Politik der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert zunächst eine klare Auflistung des Bedarfs an Arbeitskräften. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, die offenen Stellen den Arbeitsämtern zu melden, damit die zu ergreifenden Maßnahmen nicht am Bedarf vorbei eingeleitet werden.

Heinrich Franke:

Niemand hat mit einem so lang andauernden Boom gerechnet

Deutschlandfunk-Interview mit Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, zu den jüngsten Arbeitsmarktzahlen

Heinrich Franke: Im nächsten Monat packen wir die Zwei-Millionen-Grenze: Wir werden sie unterschreiten.

Frage: Das heißt, der Trend hält an?

Franke: Der Trend hält an. Wir haben ja einige saisonale Effekte: das gute Wetter hat natürlich die Beschäftigung durchgehen lassen, hat allerdings auch gezeigt, daß es sehr starke konjunkturelle Impulse gibt, und die wirken sich dann nach dem Abbau der saisonalen Effekte weiterhin positiv aus.

Frage: Welche Branche profitiert denn von den Impulsen am meisten?

Franke: Alle. Die Bauwirtschaft, unser großes Sorgenkind in der Vergangenheit, hat ihre Kurzarbeit abgebaut. Chemie, Elektro, Automobil, Metall, Maschinenbau — es floriert alles, auch der Dienstleistungsbereich, der tertiäre Bereich floriert, weil die Binnenkaufkraft da ist. Wir können, was die Nachfrage angeht, zufrieden sein. Nur die Zahl von zwei Millionen Arbeitslosen kann nicht zufriedenstellen.

Frage: Wie verträgt sich eigentlich die amtlich registrierte Arbeitslosigkeit mit dem in Wirtschaftskreisen ja dauernd zu hörenden Mangel an Arbeitskräften?

Franke: Nicht an Arbeitskräften, sondern an Facharbeitern und an Fachkräften, weil nicht genügend ausgebildet worden ist. Niemand hat mit einem so lang

andauernden Boom gerechnet. Wir haben seit 1983 Wirtschaftswachstum, und jetzt fehlen dafür dann auch die entsprechenden Fachkräfte.

Frage: Wie hat sich die Arbeitslosigkeit bei den jüngeren Altersgruppen entwickelt?

Franke: Da kann man eigentlich immer nur den Hut ziehen, wie gut sich das entwickelt hat. Wir haben wieder 28.568 arbeitslose Jugendliche unter zwanzig Jahren weniger. Wir haben 71.184, das ist eine Zahl, die ist das letzte Mal Ende der siebziger Jahre erreicht worden. Und hier kommt ganz deutlich zum Ausdruck: Über neunzig Prozent eines Schuljahrgangs gehen heute in eine Ausbildung — gegenüber fünfzig bis sechzig Prozent früher.

Personalie

Zur neuen Leiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle und gleichzeitig zur Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU ist **Ingrid Sehrbrock** berufen worden. Sie tritt die Nachfolge von **Dr. Annette Schavan** an, die die Aufgabe der Bundesgeschäftsführerin beim Cusanus-Werk übernommen hat.

Ingrid Sehrbrock war zuletzt bei der Hessischen Bevollmächtigten für Frauengleichheiten, Staatssekretärin Otti Geschka, als Referentin für kommunale Gleichstellungsstellen, Frauenförderung und Kontakte zu Verbänden und Kirchen tätig und arbeitet seit 1975 ehrenamtlich in der Frauenarbeit der CDU.

Mehr offene Stellen als gemeldet

Die Erfolge der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik werden von einer erheblichen Anzahl an „Karteileichen“, die in den Computern und Karteien in der Bundesanstalt für Arbeit dahinschlummern, wesentlich verfälscht. Es ist deshalb dringend notwendig und wirtschaftspolitisch geradezu unabdingbar, endlich vollkommene Klarheit über das wirkliche Maß der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen.

Zu verweisen ist auf das Modell der niederländischen Regierung: Dort hatte man anstatt der üblichen Vollerfassung über die Arbeitsverwaltung eine statistische Stichprobenerhebung vorgenommen. Mit dem verblüffenden Ergebnis, daß anstatt der 700.000 gemeldeten Arbeitslosen tatsächlich nur 430.000 Personen ohne Erwerb waren. Man kann nicht einerseits die Wirtschaft für das Eintreten in einen europäischen Gemeinschaftsmarkt 1992 motivieren und gleichzeitig den wichtigsten Faktor für wirtschaftliche Perspekti-

ven — den Arbeitsmarkt — nicht im Griff haben.

Eine Anfrage bei Wolfgang Vogt, dem Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, hat ergeben, daß die Bundesregierung zur Zeit mit sehr viel Interesse das niederländische Modell verfolge. Bundeskanzler Helmut Kohl hat das Bundeskanzleramt angewiesen, zu prüfen, ob eine Stichprobenerhebung wie in den Niederlanden auch in der Bundesrepublik Deutschland sinnvoll, effektiv und machbar wäre.

Rudolf Kraus, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag: Wir alle wissen, daß es wesentlich mehr offene Stellen gibt als gemeldet. Ich appelliere an die Arbeitgeber, diese offenen Stellen doch endlich der Arbeitsverwaltung zu melden. Zugleich sollen aber auch diejenigen unter den Arbeitslosen, die eine neue Stelle gefunden haben, dies schnellstmöglich dem Arbeitsamt melden.

Dokumentation zur Umweltpolitik

Entgegen unserer Ankündigung im vorletzten UiD erscheint der „Diskussionsentwurf zur Umweltpolitik unter besonderer Berücksichtigung der energiebedingten Umweltaspekte“ im grünen Teil erst in dieser Ausgabe.

Damit steht den Parteigliederungen immer noch genügend Zeit zur Verfügung, sich ausführlich mit der Thematik zu befassen und eine intensive Diskussion über Umwelt- und Energiepolitik zu führen.

Auf der Basis des vorliegenden Kommissionsentwurfs wird der Bundesvorstand einen Leitantrag formulieren, der der Partei Mitte Juni zugeht und erst dann die Grundlage für Änderungsanträge ist, die die antragsberechtigten Verbände einreichen können.

Auf dem Bundesparteitag in Bremen soll das Ergebnis der innerparteilichen Diskussion als Manifest zur Umwelt- und Energiepolitik verabschiedet werden.

6. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen

Norbert Blüm: Jetzt erst recht!

„Schließt mal für ein paar Sekunden die Augen. Stellt euch vor, wir halten alle zusammen. Und wenn man uns sucht, sind auch alle da. Und wenn man uns braucht, sind wir nicht gerade beim Essenfassen in der Feldküche des Gegners. Stellt euch mal vor — es ist kein Traum, es ist Möglichkeit — stellt euch vor: Kohl, Geißler, Späth, Albrecht, Wallmann, Waigel, sie ziehen alle an einem Strang, in dieselbe Richtung. Stellt euch vor, Kurt Biedenkopf und Norbert Blüm ziehen an einem Strang. Stellt euch das alles mal vor (...) wir werden unwiderstehlich, niemand kann uns standhalten. Wir müssen nur zusammenhalten. Dann ist uns niemand gewachsen in NRW.“

Die Delegierten des 6. Landesparteitages der CDU Nordrhein-Westfalen in Siegen (29. April 1989) dankten Norbert Blüm für diesen beherzten Appell an die Geschlossenheit der Partei mit langanhaltendem, tosendem Beifall.

Und Kurt Biedenkopf, der ehemalige Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, befand: „Deine Rede war Spitze, du bist unser Kandidat, und wir können ab heute für deine Regierungserklärung sammeln.“

Das „Traumergebnis“ von 95 Prozent, das Norbert Blüm in der anschließenden Wahl erzielte, war infolgedessen nicht nur Ausdruck der Anerkennung, die Norbert Blüm für seine ersten zwei Jahre als CDU-Landesvorsitzender gefunden hat. In ihm dokumentiert sich vielmehr auch die große Zustimmung zu den Ausführungen

Blüms vor dem Landesparteitag in Siegen. Hier Auszüge aus der Rede Blüms:

Europa – Erbschaft und Verheißung

„Ein Verbrauchermarkt mit über 320 Millionen Menschen entsteht. Das alte Europa wird wieder jung. Es befreit sich von Verkrustungen und Verkalkungen. Allein die Grenzkontrollen, die technischen Handelshemmnisse und Steuerschranken kosten uns Europäer 430 Mrd. DM im Jahr. Das macht pro Kopf 1300 DM jährlich aus. Allein die Abschaffung der Zollformalitäten bringt einen Nutzen von 29 Mrd. DM.

Wir können unsere Arbeit und unser Geld besser verwenden als zur Mumifizierung europäischer Kleinstaaterei.“

Binnenmarkt und Gorbatschow

„Ich bin davon überzeugt, daß selbst die Gorbatschowschen Reformen nicht zu verstehen sind ohne die Veränderung in Westeuropa. Sie sind eine kluge vorweggenommene Antwort auf die neue europäische Kraft, der eine bonzengelenkte Wirtschaft nicht gewachsen ist.“

DDR und Europa

„Auch die DDR wird sich der Attraktion des freien Europas, Handel und Wandel, nicht entziehen können. Wie restlos rückständig und reaktionär ist die Honecker-sche Behauptung, auch in fünfzig und in hundert Jahren gebe es noch eine Mauer in Deutschland?! Die gibt es dann bestenfalls als Museum Unmenschlichkeit.

Solange die Mauer steht und an der Mauer geschossen wird, gibt es keine Normalität in Deutschland. Todesschüsse sind Todesurteile ohne Prozeß.“

Zeichen der Zeit

„Freiheit ist im Vormarsch! Sozialismus ist im Rückzug! Gorbatschow folgt mit seinen Reformen nicht den Lehren von Karl Marx aus Trier, sondern eher den Lehren von Ludwig Erhard aus Fürth — und der ist bekanntlich unser Mann.“

Wir haben viel erreicht

„Angesichts dieser großen europäischen Vision, die wir in die Realität befördern wollen, wird manche bundesrepublikanische Auseinandersetzung geführt, als sollten die Probleme des Jahres 1989 mit den Texten von 1889 gelöst werden. Es gibt Armut am Rande der Wohlstandsgesellschaften. Aber wir haben einen Massenwohlstand in der Bundesrepublik, wie ihn keine Zeit vorher kannte. Wir haben Massenelend wirksam überwunden, die realen Einkünfte der Sozialhilfeempfänger sind in den letzten fünf Jahren um 15 Prozent gestiegen, während sie in den letzten fünf SPD-Jahren um 5 Prozent gesunken sind. Wir haben das Wohngeld erhöht, das Arbeitslosengeld verlängert. Wir haben viel getan für das untere Zehntel der Gesellschaft.“

Ausbeutung durch Clevere

„Unser Sozialstaat, finanziert von den Fleißigen, hilft nicht nur den Hilfsbedürftigen — das ist gut so —, sondern wird ausgenutzt von parasitären Trittbrettfahrern des Sozialstaates.

Es gibt eine fein alternative Raffinesse der Ausnutzung des Sozialstaates! Die Aussteiger, die an allen Vorteilen der Industriegesellschaft partizipieren, sind so menschenverachtend unsolidarisch

wie frühe Formen, mit denen Arbeiter ausgesaugt und ausgelaugt wurden.“

Die neuen Konflikte

- „1. allmächtiger Betreuungsstaat gegen Eigenverantwortung,
2. die lautstarken Protestprofis und Lobbyisten der Großinteressen gegen die Stillen im Lande,
3. Aussteiger gegen die Arbeitenden. Von dieser neuen Armut steht in den Lehrbüchern des Sozialismus nichts geschrieben.“

Terrorismus

„Die Linie der Rau'schen Rechtspolitik ist ein einziger Slalom der Ängstlichkeit. Erst gegen Zusammenlegung, dann dafür und jetzt irgendwo im Niemandsland — auf nicht auffindbarer Position. Johannes Rau: Irgendwo im Nirgendwo. Unklarheit: Dein Name ist Johannes Rau.

So jedenfalls kann unser Staat nicht regiert werden. Auch die Polizisten, die unserem Staat und unserer Sicherheit dienen, brauchen eine klarere Regierungsverantwortung.“

Unser Einsatz für NRW

„Wir, die CDU in Nordrhein-Westfalen, arbeiten für unser Land, für Nordrhein-Westfalen. Noch keine Bundesregierung hat für Nordrhein-Westfalen mehr getan als die jetzige, und zwar nicht nur bei Kohle und Stahl, ebenso in Wissenschaft und Verkehr. Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen erhielt z. B. 1986 fast so viele direkte Projektförderungsmittel wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Mit der Revierkonferenz gab es einen Schub für das ganze Land. Wir haben die Weltraumbehörde nach Nordrhein-Westfalen geholt, als nordrhein-westfälische Sozialdemokraten den bemannten Weltraumflug noch ablehnten.“

Pressestimmen

Sieg in Siegen

Blüm wußte, daß er auf dem Siegener Parteitag einen Stimmungsumschwung zu seinen Gunsten schaffen mußte, und das ist ihm tatsächlich gelungen. In einer neunzigminütigen Rede, in der er zu Anfang sichtlich gegen die eigene Anspannung ankämpfte, redete er sich frei und riß dann auch die Delegierten mit. Sein Appell zu Solidarität, entschlossener Aufbruchsstimmung und ehrlichem Kampfeswillen zündete. Als er danach seine Bereitschaft kundtat, 1990 als Spitzenkandidat anzutreten, hatte er den Durchbruch geschafft.

Kölnische Rundschau



Blüms Triumph

Norbert Blüm hat in Siegen gesiegt, die Union mag ihn. Das 95prozentige Resultat zur Wiederwahl als Landesvorsitzender widerlegt alle Unken und Rivalen. Dies ist schon ein erstaunlicher Triumph.

Neue Rhein-Zeitung



Zäher Kämpfer

Für den künftigen CDU-Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen, Norbert Blüm, hängt viel davon ab, ob sich die ausgezeichnete Stimmung auf dem Parteitag in Siegen ins Land transportieren läßt. Der Jubel nach Blüms famosestem Auftritt vor den Delegierten hat gezeigt, daß die CDU trotz schlechter Umfrageergebnisse die Hoffnung auf einen Erfolg bei der Landtagswahl im Mai 1990 nicht aufgegeben hat. Die Delegierten lechzten danach, von ihrem Vorsitzenden mitgerissen zu werden, und Blüm entsprach dem Bedürfnis.

Rheinische Post

Bonner Theologisches Gespräch

Durch Argumente überzeugen

Vor mehr als 200 Zuhörern im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn sprach Landesbischof i. R. Prof. D. Eduard Lohse über „Die evangelische Kirche im demokratischen Staat“. Der Bundesvorsitzende des EAK, Staatsminister Albrecht Martin, begrüßte unter den Gästen unter anderem Altbundespräsident Prof. Carstens, Altbischof Kunst und den Ehrenvorsitzenden des EAK, Gerhard Schröder.

Der frühere Ratsvorsitzende der EKD hob das grundsätzlich positive Verhältnis der Evangelischen Kirche zum Staat hervor, stellte aber zugleich die Frage, ob es immer gelingt, dieses positive Urteil in die alltägliche Praxis kirchlichen Redens und Handelns zu übertragen. Zugespitzte Äußerungen einzelner Pfarrer, die in den letzten Jahren zu politischen Fragen abgegeben wurden, haben zu heftigen Reaktionen in der Öffentlichkeit geführt.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland stehen vor der Aufgabe, höchst unterschiedliche Gruppen in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Lohse sieht für die Volksparteien eine vergleichbare Aufgabe, wenn es darum geht, ein breites Spektrum von Meinungen und Interessen zusammenzuhalten:

„Für das gedeihliche Zusammenwirken im demokratischen Staat bleibt es von weittragender Bedeutung, ob es gelingt, diese Integrationsaufgabe zu erfüllen und ein Abbröckeln von kleineren oder auch größeren Gruppen an den Rändern zu verhindern. Nur mit der tatkräftigen Geduld, die durch Argumente zu überzeugen bemüht bleibt, ist auf diesem Weg voranzukommen.“

Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg

Ein Parteitag des Aufbruchs

Es war kein Parteitag des Jammerns, sondern ein Parteitag der Diskussion, der Grundsatzdebatten über zentrale Themen, aber auch, wie der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Lothar Späth, zu Beginn seiner Rede betonte: ein Parteitag des Aufbruchs. Über vier Stunden diskutierte der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit den fast 500 Delegierten des Landesparteitages der CDU Baden-Württemberg, der am 28./29. April in Karlsruhe stattfand.

Dabei kamen die Sachthemen wie Wohnungsbaupolitik, Aussiedler, Asylrecht und Europäische Einigung ebenso zur Sprache wie die derzeitige aktuelle Stimmungslage in Partei und Bevölkerung, das Aufkommen und Erstarken der Republikaner und die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen.

„Diskussionen in einer Partei um den richtigen Weg sind kein Streit, sondern Teil der politischen Kultur“, betonte der Bundesvorsitzende zu Beginn seiner Rede. „In jeder Familie gibt es Krach“, so Helmut Kohl kritisch zum derzeitigen Stimmungstief, „aber normale Leute machen das Fenster zu. Wir dagegen machen die Fenster auf und laden sogar noch das Fernsehen dazu ein.“

Stehende Ovationen für Helmut Kohl

Helmut Kohl, der von den Delegierten mit stehendem Beifall gefeiert wurde, erteilte den Republikanern eine klare Absage. Sie seien für die CDU kein Koalitionspartner. Dennoch gelte es für die CDU, Wähler dieser Partei zurückzu-

gewinnen. „40 Jahre Bundesrepublik, die damit verbundenen Leistungen der Gründerväter um den Aufbau dieser Republik dürfen nicht von extremen Gruppen zerstört werden.“

Mit Hinweis auf die Leistungen der Regierung während der vergangenen Jahre räumte der Bundeskanzler auch Fehler ein, die die Erfolge der Bundesregierung teilweise überlagert haben. Hier wurden die notwendigen Korrekturen vorgenommen. Es gelte nun zusammenzustehen und sich gemeinsam auf den politischen Gegner zu konzentrieren, vor allem vor so wichtigen Wahlen. In seiner Regierungserklärung habe er erläutert, so Helmut Kohl, welches Arbeitsprogramm wir uns bis zur Bundestagswahl 1990 vorgenommen haben und was unsere Perspektiven für die neunziger Jahre sind. Dies gelte es nun in die Bevölkerung zu tragen.

Die Ziele klarlegen und die Wege dorthin aufzeigen

Diesen Appell richtete auch der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Lothar Späth, an seine Partei. Helmut Kohl, so Späth, habe deutlich Ziele und Maßnahmen genannt, die die Bundesregierung sich für diese Legislaturperiode und darüber hinaus vorgenommen habe. „Wir sind ihm dankbar für diesen Blick nach vorn“, so Späth wörtlich. Die CDU müsse wieder die wichtigen politischen Themen bestimmen, die Ziele klarlegen und die Wege aufzeigen, die zu gehen seien. „Nur wenn wir die Richtung nach vorne zeigen, können wir erwarten, daß uns die Menschen folgen.“

Späth forderte von seiner Partei eine „Offensive des Gesprächs und der Begegnung“.

Späth weiter: „Wir müssen, erstens, unter allen Umständen selbst eine offene, gesprächsfähige und, wo nötig, auch streitfähige Volkspartei bleiben. Wir müssen es, zweitens, schaffen, auf der Basis unserer politischen Grundüberzeugungen glaubwürdige Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen zu geben. Und drittens: Wir müssen unsere politischen Entscheidungen von heute in den Gesamtzusammenhang eines umfassenden Zukunftskonzepts stellen und damit ein Grundvertrauen erwerben, das uns auch schwierige und unpopuläre Einzelentscheidungen möglich macht.“

Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms

Neben den Grundsatzreden von Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar Späth hatten sich die Delegierten mit der Verabschiedung zahlreicher Leitanträge zu befassen.

Den Schwerpunkt bildete dabei die Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms für die am 22. Oktober stattfindenden Wahlen für die Kreis- und Gemeindeparlamente. Besonderes Augenmerk wird dabei der Umweltpolitik gewidmet, ferner dem Thema „Städte und Dörfer als Heimat und Lebensmittelpunkt der Bürger“. Stadterneuerung, Dorfentwicklung und Denkmalpflege sollen als sinnvolle Instrumente zur Erreichung dieses Zieles weiter ausgebaut und fortentwickelt werden.

Wesentliche Grundsatzentscheidungen fällt der Parteitag bei der Verabschiedung des Leitantrags zum Thema Asylbewerber. Dabei wird die Beschleunigung

Neu in Versmold:



**STEUERLICHE
MÖGLICHKEITEN BEI
MITGLIEDSBEITRAG
UND SPENDEN** **CDU** *Späth*

Das Faltblatt über die „Steuerlichen Möglichkeiten bei Mitgliedsbeitrag und Spenden“ mit einem Coupon auf der Rückseite für die Erklärung der Bereitschaft, den Mitgliedsbeitrag zu erhöhen, kann ab sofort in unserem IS-Versandzentrum, 4804 Versmold, Postfach 13 28, bezogen werden.

Bestell-Nr.: **2157**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 7,50 DM zuzügl. MwSt. inkl. Versand

der Verfahren zur Prüfung und Anerkennung sowie personelle Verstärkung der Ämter und eine Verbesserung der Zusammenarbeit der zuständigen Bundes- und Landesbehörden ebenso gefordert wie eine Kürzung der Sozialhilfe. Eine Lockerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber wird abgelehnt. Schließlich sprachen sich die Delegierten gegen die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts und gegen eine Doppelstaatsbürgerschaft aus.

40. Landesparteitag der CDU Saar

Jacoby: Lafontaine vernachlässigt die Interessen des Saarlandes

Mit ihrem 40. Landesparteitag am 29. April 1989 hat die CDU Saar die heiße Phase des Kommunal- und Europawahlkampfes eröffnet. Entsprechend verabschiedeten die Delegierten — einstimmig — ein europäisches und kommunalpolitisches Manifest. Der CDU-Landesvorsitzende Peter Jacoby betonte als Ziel christdemokratischer Landespolitik: Wir wollen weg von der Zuschauer-, hin zur Mitwirkungsdemokratie (Urwahl der Bürgermeister und Landräte, kumulieren). Ein Bestreben, das von der SPD torpediert werde. Sie bleibe sich treu in ihrem Bestreben nach immer mehr Zentralismus und damit auch immer mehr Machtkonzentration. In unsäglich Weise, so Jacoby, stelle sich daher im Saarland die Frage des Machtmißbrauchs.

Dies lasse sich durch weite Teile der SPD-Regierungspolitik lückenlos nachvollziehen (Beispiel: öffentlicher Dienst als Selbstbedienungsladen linientreuer Genossen).

Jacoby warf der SPD-Landesregierung u. a. falsche wirtschaftspolitische Weichenstellung vor. Während durch die exzellente Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung im Bund in den letzten Jahren rund eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen worden seien, hinke das Saarland weit hinterher. Daran ändere auch nichts, daß die Arbeitsmarktstatistiken durch die Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen geschönt würden.

Des weiteren warf der CDU-Landesvorsitzende Peter Jacoby Lafontaine vor, wichtige Bereiche saarländischer Interessen zu vernachlässigen. Deutliches Beispiel: Anstatt zum für unser Land lebenswichtigen Kohlegespräch zum Bundeskanzler zu reisen, tingelte er lieber auf Vortragsreise durch die Schweiz. Lafontaines Publicitysucht steht im Vordergrund, Sachprobleme werden zur Nebensache degradiert.

Es bleibe Aufgabe der CDU Saar, so Jacoby, die Sorge für die Zukunft der Saarländerinnen und Saarländer zu übernehmen. Dies habe bereits die Strukturkonferenz beim Bundeskanzler vom vergangenen Jahr gezeigt, wo es der CDU überlassen blieb, die Markierungen für eine Zukunft unseres Landes im Herzen Europas zu setzen. Auch hier habe die SPD-Regierung einmal mehr versagt.

Der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der Gast des Parteitages war, warf genauso wie der Landesvorsitzende der CDU Saar Lafontaine vor, wider besseres Wissen immer wieder ein braun-schwarzes Bündnis heraufzubeschwören.

Beide erteilten erneut einer Zusammenarbeit der CDU mit Rechts-, aber auch Linksextremisten eine klare Absage. Beide warnten mit Blick auf Berliner und Frankfurter rot-grüne Bündnisse vor sogenannten Denkmittelwahlen. Im Vorfeld der anstehenden Europa- und Kommunalwahlen forderte Jacoby jedes einzelne CDU-Mitglied zum stärkeren Engagement auf: „Wir brauchen Stürmer, aber keine Zuschauer; Verteidiger, aber keine Schiedsrichter.“

Offensive für den Mittelstand

Der 34. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) setzte sich im Vorfeld der europäischen Wahlen mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 auseinander. Der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Bundesvorsitzende Elmar Pieroth forderte den Binnenmarkt als eine Offensive für mehr Mittelstand.

Über 800 Delegierte und Gäste kamen am 5. und 6. Mai in die Frankfurter Kongreßhalle zum 34. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Neuwahlen zum Bundesvorstand standen an. Diskutiert wurde unter dem Motto „Europa '92 — Offensive für den Mittelstand“ über die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes ebenso wie über die aktuelle Bundespolitik. Der mit 92 Prozent der Stimmen wiedergewählte Bundesvorsitzende Elmar Pieroth forderte: „Wir müssen die Ziele und Aufgaben unserer Politik und unsere Antwort-

Stimmen für die Reps = Mehrheit für Rot-Grün

ten auf die großen Probleme mit den Menschen diskutieren und nicht im Streit über Einzelheiten oder technische Details unsere Kräfte verzetteln und die Menschen irritieren.“ Dabei gelte es, sich auch mit der Alternative auseinanderzusetzen, was nämlich ein rot-grünes Bündnis auf Bundesebene bedeuten würde. An die Adresse der SPD gerichtet sagte er: „Wir können nicht heute denen die Verantwortung überlassen, die den Karren in den Dreck gefahren haben.“ Pieroth mahnte, daß, wer für die Republikaner stimme, damit eine Mehrheit für Rot-Grün eröffne.

Der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann sagte es so: „Der Wettbewerb der Argumente und Konzepte, nicht der Parolen und Vereinfachung ist gefragt.“ Zu seinem Thema „Politik für den Mittelstand in Hessen“ führte er aus, daß der Mittelstand keinen Naturschutzpark benötige, sondern vernünftige Rahmenbedingungen für die Entfaltung seiner Leistungskraft. Hessens Mittelstand ver-

Mehr Mittelstand in Europa

füge über hohes Niveau und brauche daher internationale Konkurrenz nicht zu scheuen.

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten den vom Bundesvorstand vorgelegten Leitantrag „Mehr Mittelstand in Europa“. Darin spricht sich die Mittelstandsvereinigung dafür aus, die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes zum Anlaß zu nehmen, wettbewerbshemmende Fesseln für die Unternehmen abzustreifen und als Chance zu nutzen, leistungsbeschränkende Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Gefordert wird eine Offensive für den Mittelstand. Denn wer mehr Arbeitsplätze will, braucht mehr mittelständische Betriebe. Über eine Million zusätzliche Arbeitsplätze seit 1983 heißt vor allem, zusätzliche Arbeitsplätze im Mittelstand, stellte Elmar Pieroth heraus. (Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit hat ergeben, daß die mittelständischen Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten 585.000 zusätzliche Arbeitsplätze zwischen 1977 und 1988 geschaffen haben. Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten haben die Zahl ihrer

Unterschiedliche Meinungen sind noch lange kein Streit

„Es ist eine Unsitte, einer Koalition oder Partei sofort das wahlsschädliche Etikett ‚Streit‘ anzuheften, nur weil es dort unterschiedliche Meinungen gibt. Diese Methode zwingt Koalitionen, Fraktionen und Parteien zur permanenten Einstimmigkeit. Sie zerstört den fruchtbaren Austausch von Argumenten im politischen Dialog und gefährdet dadurch die Qualität der politischen Entscheidungen.“

Heribert Blens, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arbeitsplätze konstant gehalten, Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten hingegen haben im gleichen Zeitraum 200.000 Arbeitsplätze abgebaut.)

Nur mit mehr Marktwirtschaft und mehr Selbständigen kann es den Wachstumschub in Europa '92 geben. Das stellte auch Hansheinz Hauser, Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, heraus, der eine Zwischenbilanz und Perspektive vor dem Hintergrund des Europäischen Binnenmarktes entwickelte.

In einer Podiumsdiskussion hatten die Teilnehmer Gelegenheit, direkt mit Europaexperten aus der Politik zu diskutieren. Ohne Statements ging es gleich in die Diskussion, weil der Dialog speziell zwischen Politik und unternehmerischer Praxis gebraucht wird, um die gesellschaftlichen Kräfte für die Chancen des Europäischen Binnenmarktes zu gewinnen. In Europa wie in der Bundesrepublik geht es darum, daß die Soziale Markt-

wirtschaft Programm bleibt. Gerade während weltweit eine Entwicklung zu mehr Marktwirtschaft und mehr Unternehmertum feststellbar ist, wäre es töricht, nun bei uns davon abzugehen. Elmar Pieroth erinnerte an den polnischen Industrieminister Wilcezk, der „Wohlstand statt Sozialismus“ propagiere. Deshalb sei es nun die Aufgabe, den kommunistischen Regierungen in der weltweiten Abwanderung vom Dirigismus und dem Willen nach mehr wirtschaftlicher Freiheit zu helfen. So ist der Mittelstand nicht nur Motor der Sozialen Marktwirtschaft, in der freie Unternehmer Arbeitsplätze sichern und schaffen, sondern auch die gesellschaftspolitisch stabilisierende Kraft schlechthin.

Die Wahlen zum engeren Bundesvorstand ergaben auch eine Wiederwahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Es sind Finanzministerin Birgit Breuel (MdB), Hansjürgen Doss (MdB), Richard Gürteler (MdB), Hansheinz Hauser (MdB), Bundesminister Dr. Christian Schwarz-Schilling (MdB) und als Bundesfinanzminister Dr. Gökke Frerichs.

BACDJ mit neuem Vorstand

Die Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) hat einen neuen Vorstand gewählt. Einstimmig wurde der erste Vorsitzende, Heinz Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, wiedergewählt.

Seine Stellvertreter sind: MdB Herbert Helmrich, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages; Minister a. D. Rupert Scholz; Minister a. D. Otto Theisen und Prof. Winfried Tilmann.

Mit Kleinanzeigen für Europa und die CDU

Auch vor der Europawahl sollten Mitglieder der CDU wieder mit einer Kleinanzeige in ihren lokalen Tageszeitungen oder Anzeigenblättern auf die Bedeutung der Wahl hinweisen. Hier einige Beispiele:

Im deutschen Interesse:
Ja zu Europa!

CDU

Wir setzen deutsche Interessen durch.
Christdemokraten bauen Europa

CDU

Wählen Sie Europa per Brief!
Denn Europa braucht jede Stimme.

Für Freiheit und Frieden
in ganz Europa

CDU

Binnenmarkt schafft Arbeitsplätze.
Weiter mit der CDU für Europa!

Frieden, Umwelt, Arbeit
Wir machen uns stark
für deutsche Interessen in Europa

CDU

Europa sichert Arbeitsplätze:
Jeder 5. Arbeitsplatz in der
Bundesrepublik Deutschland
hängt vom Export in die EG ab.

Darum CDU

Wir machen den Frieden sicherer.
Wir setzen deutsche Interessen durch

CDU

Für grenzenlosen Umweltschutz

CDU

Großes Europa, große Zukunft

CDU

Im deutschen Interesse:

**Großes
Europa,
große
Zukunft.**

Christdemokraten bauen Europa



Europa-Wahlkampf der CDU

Heiner Geißler: Informieren, motivieren und mobilisieren

Liebe Parteifreunde,

ich möchte Sie mit diesem Brief über den Ablauf des Europawahlkampfes bis zum 18. Juni informieren und noch einmal die wichtigsten Maßnahmen in Erinnerung rufen, die auf mehreren Konferenzen besprochen und im UfD vorgestellt worden sind.

1 Die Krawalle in Berlin am 1. Mai haben gezeigt, wie richtig es war, daß wir unseren Europawahlkampf mit dem Slogan

Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.

gestartet haben. In Berlin wird rot-grüne Realität sichtbar: Millionenschäden, 12 Geschäfte geplündert, 18 total verwüstet, 35 Autos demoliert und ausgebrannt und über 300 Polizisten verletzt.

2 Auch für die Europawahl wäre eine rot-grüne Mehrheit ein negatives und bedrohliches Signal für die deutsche und europäische Politik. Denn die europäische Politik in den kommenden fünf Jahren ist mitentscheidend für die politische Zukunft der Deutschen, deren Zukunftschancen und Interessen nicht gegen Europa, sondern nur mit Europa gewahrt und gefördert werden können.

Deshalb wird für den Hauptwahlkampf ab Pfingsten unsere politische Auseinandersetzung mit dem Motto geführt werden:

Im deutschen Interesse: Großes Europa, große Zukunft.

3 Entscheidend ist, daß es uns gelingt, unsere Freunde und Anhänger zu mobilisieren. Deswegen möchte ich Sie auf folgende Argumente aufmerksam machen: An die Adresse der Nichtwähler sagen wir: Wer zu Hause bleibt, macht die SPD und die Radikalen stark und ermöglicht daher eine Politik, die er im Grunde gar nicht will. Wir wissen aus der Demoskopie und aus vielen Diskussionen, daß manche die Europawahl auch als eine Gelegenheit betrachten, zu protestieren und Denkmäler zu verteilen. Unser Argument dagegen heißt: Berlin und Frankfurt haben gezeigt, daß, wer die Reps oder die NPD wählt, in Wahrheit den Rot-Grünen zur Macht verhilft.

Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert.

Umgekehrt wird ein Schuh draus. Radikale können auch bei der Europawahl mit dem Stimmzettel gestoppt werden.

Deswegen sagen wir:

Mit seiner Stimme spielt man nicht.

4 Nach neuesten Informationen ist etwa die Hälfte der Wählerinnen und Wähler unentschieden, ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Die Umfragen bestätigen uns aber auch, daß diejenigen, die über

Europa gut informiert sind, auch Europa positiv gegenüberstehen. Dagegen sind diejenigen, die mangelhaft informiert sind, häufig desinteressiert und haben Angst vor Europa. Das heißt, für unseren Wahlkampf muß gelten:

Wer über Europa informiert, motiviert für Europa und damit für die CDU, denn Christdemokraten bauen Europa.

5 Alle Maßnahmen der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Hauptwahlkampf sind daher darauf ausgerichtet, die Wählerinnen und Wähler zu informieren und zu mobilisieren.

Im folgenden informiere ich Sie detailliert über unsere Planungen für den Hauptwahlkampf nach Pfingsten:

Zentrale Maßnahmen der Wahlkampf-führung der Bundespartei sind:

- die kommerzielle Plakatierung und die Parteiplakatierung
- Fernseh-und Hörfunkspots
- eine Anzeigenkampagne
- die Zeitung „Deutschland am Wochenende“
- der Euromarkt 2000
- die Briefwahlkampagne
- der Bundesrednereinsatz und Großveranstaltungen mit dem Bundeskanzler.

Die Kampagnen im einzelnen:

Plakatierung

● **Kommerzielle Plakatierung**
Die Plakatierung der Sondergroßflächen (Wesselmann-Stellen) hat in diesen Tagen mit dem Slogan-Plakat „Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade“ begonnen. Die Plazierung der Sondergroßflächen, die bis zum Wahltag stehen, erfolgte nach Maßgabe der Landes- und Kreisverbände.

Die kommerzielle Großflächenplakatierung beginnt ab 26. Mai und umfaßt zwei



Im deutschen Interesse: Ja zu Europa

Christdemokraten bauen Europa



Dekaden bis zum Wahltag. Für diese Flächen sind zwei Motive, ein Slogan-Plakat und ein Kanzler-Motiv, vorgesehen.

● Parteiplakatierung

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat pro Kreisverband eine kostenlose Grundaussstattung von insgesamt 3000 Partei-Plakaten angeboten.

Die Auslieferung der Parteiplakate — zwei Motive Slogan/Kanzler-Plakat — erfolgt noch vor Pfingsten, so daß direkt nach Pfingsten mit der Aufstellung der Plakatständer durch die Parteigliederungen begonnen werden kann.

Die Kandidatenplakate sind ebenfalls in der Auslieferung.

Fernseh-und Hörfunkspots

Erstmals nutzt die CDU-Bundesgeschäftsstelle die neue medienpolitische Möglichkeit, Fernseh- und Hörfunkspots

in den privaten Medien zu schalten. Neben der Belegung von großen privaten Hörfunksendern im gesamten Bundesgebiet werden zahlreiche Fernsehspots in den Fernsehsendern RTL plus, SAT 1, Tele 5 und Pro 7 ausgestrahlt.

Darüber hinaus werden der CDU von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowie von SAT 1 und RTL plus Termine für Fernsehspots zur Verfügung gestellt. Diese Termine sowie die Termine für die Hörfunkspots in den Sendern der ARD werden, sobald sie uns vorliegen, mitgeteilt.

Anzeigenkampagne

Hauptträger der CDU-Anzeigenkampagne sind die regionalen Tageszeitungen, die mit 7 bundesweiten Anzeigendurchgängen belegt werden.

Die Anzeigentermine werden in Kürze exakt festgelegt und mitgeteilt. Sie werden sich auf die letzten 2 Wochen des Wahlkampfes konzentrieren.

Darüber hinaus wird die Bundespartei überregionale Tages- und Kaufzeitungen belegen und auch Zielgruppen wie Landwirte und den Mittelstand mit Anzeigen gesondert ansprechen.

„Deutschland am Wochenende“

Zentrales Mobilisierungsinstrument in der redaktionellen Wahlkampfplanung der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist die Zeitung „Deutschland am Wochenende“, die am Freitag, dem 2. Juni, erscheint und Freitag und Samstag verteilt wird. Die Bestellungen aus den Kreisverbänden haben bereits eine Auflage von mehr als 12 Mio. Exemplaren erreicht. Die kostenlose Grundausstattung der Kreisverbände durch die Bundespartei umfaßt bis zu 60 Prozent der Haushalte im Kreisverband.

Euromarkt 2000

Seit dem 2. Mai rollt der Euromarkt 2000, die große Europa-Zukunfts-Tournee der CDU-Bundesgeschäftsstelle, durch die Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt 90 Städte werden auf zwei Touren den Euromarkt zu Gast haben und damit das Medienereignis des Europawahlkampfes zur Mobilisierung vor Ort einsetzen können. Der Name ist bezeichnend für die Aktion — ein europäischer Markt unter einem modernen Kunststoffdach mit modernster Technik. Eine bunte Mischung aus politischer Information, Unterhaltung und Mitwirkung erwartet die Bürger. Bei vielen Terminen werden auf dem Euromarkt neben den Europapolitikern andere prominente CDU-Bundesredner auftreten.

Briefwahlkampagne

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Briefwähler — eine immer größere Wählerzahl mit überdurchschnittlichem CDU-Stimmenanteil. In allen Werbematerialien und Maßnahmen wird deshalb auf die Briefwahl hingewiesen. Vor allem ein Briefwahlprospekt in Millionenauf-lage macht durch integriertes Antragsformular und Briefumschlag die Beantragung der Unterlagen so einfach wie nie. Den Kreisverbänden wird der Briefwahlprospekt in einer Sonderaktion angeboten, um eine breite Verteilung zu erreichen.

Kandidatenservice

Bereits seit ihrer Nominierung durch die Landesverbände werden die Kandidaten durch den Kandidatenservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit Informationen und Materialien betreut. Stark genutzt wird das Kandidatentelefon.

Kostenlos wurde für die Kandidaten angefertigt:

- ein Kandidatenplakat mit einem eigenen Fototermin mit dem Bundeskanzler.
- 20.000 Kandidatenprospekte.

Informations- und Werbematerialien, die jetzt vorliegen

1. Verteilmittel

- Briefwahlprospekt.
- „Europas beste Seiten“, CDU-Magazin zur Europawahl.
- „Europa von A—Z“, aktuelle Stichworte zur Europapolitik.

2. Broschüren

- Deutschlands Zukunft heißt Europa.

- Wir setzen deutsche Interessen im Binnenmarkt durch.
- Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz durch.

3. Poster „Mit seiner Stimme spielt man nicht“

Wie Sie sehen, ist die Bundesgeschäftsstelle gut gerüstet, einen offensiven, informativen und mobilisierenden Wahlkampf zu führen. Bitte sorgen Sie in Ihrem Verantwortungsbereich dafür, daß wir gemeinsam um den Erfolg kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Werner Fritzsche

Die Materialien für den Europa-Wahlkampf

• Briefwahlprospekt

Bestell-Nr.: 2149
(Sonderausgabe Rheinland-Pfalz und Saarland — Best.-Nr.: 2149)
Mindestabnahme: 500 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 45,— DM

• „Europas beste Seiten“, CDU-Magazin zur Europawahl

Bestell-Nr.: 2137
Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 34,— DM

• „Europa von A bis Z“, aktuelle Stichworte zur Europapolitik

Bestell-Nr.: 2138
Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM

• Deutschlands Zukunft heißt Europa

Bestell-Nr.: 5146
Bestellungen an:

Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 22,50 DM

• Wir setzen deutsche Interessen im Binnenmarkt durch

Bestell-Nr.: 5147
Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 22,50 DM

• Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz durch

Bestell-Nr.: 5145
Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 22,50 DM

Poster:

„Mit seiner Stimme spielt man nicht“

Bestell-Nr.: 8156
Mindestabnahme: 50 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 37,50 DM

Alle Preise inkl. Versand zuzüglich MwSt.

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

„Euromarkt 2000“

Wer über Europa informiert, der motiviert auch für Europa

„Euromarkt 2000“ — das heißt Europa live in 90 Städten der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU bringt Europas Zukunft auf Tournee zum Bürger. Bis zum 16. Juni werden die Bürger von Hamburg bis Freiburg eingeladen, auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen mit der CDU über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Binnenmarkt zu sprechen.

Bundesgeschäftsführer Peter Radunski: Die CDU als die deutsche Europapartei will die Bürger für Europa gewinnen. Und dies gelingt, wenn wir die Menschen über die Chancen und Möglichkeiten der europäischen Zukunft informieren. Umfragen zeigen: Je besser die Menschen über Europa Bescheid wissen, desto mehr sind sie für Europa. Wer über Europa informiert, der motiviert für Europa.

Das jeweils ganztägige Programm mit Gesprächen, Live-Musik und Showelementen rund um Europa wird von zwei Moderatoren präsentiert. Statt traditioneller Wahlreden gibt es Talk-Shows, z. B. mit Europaabgeordneten, aber auch mit Kommunalpolitikern, Unternehmern und Betriebsräten vor Ort.

Zukunftstechnologie zum Anfassen

Thematische Schwerpunkte der Tournee sind vor allem Forschung und Umweltschutz. Dabei steht anschauliche Information im Mittelpunkt. Auf dem „Euromarkt 2000“ zeigt die CDU Zukunftstech-

nologie zum Anfassen — vom Satellitenfernsehen über kleine Solarkraftwerke bis zur Weltraumtechnik. Wer spezielle Fragen zu Europa hat, die ihn persönlich betreffen, kann die Antworten an einem Computer abfragen: zum Beispiel zur Anerkennung von Diplomen, zu Arbeitsmöglichkeiten in anderen EG-Staaten oder zum Reisen in Europa. Individuelle Informationen können als Computerausdruck gleich mitgenommen werden.

Kooperationspartner aus der Wirtschaft

Um vor allem Zukunftstechnologien präsentieren zu können, arbeitet die CDU bei dieser Tournee erstmals mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft zusammen. So führt zum Beispiel Thyssen ein Modell der Magnetschwebbahn „Transrapid“ vor, BMW zeigt ein abgasfreies Auto, MBB steuert Modelle des Raumlabors „Spacelab“ und des „Airbus“ bei, und Nixdorf stellt die Hardware für das Computerinformationssystem zur Verfügung. Neben Industrieunternehmen präsentieren sich auf dem „Euromarkt 2000“ auch europäische Fremdenverkehrszentren und der Fernsehsender „Tele 5“.

Information pur

Der „Euromarkt 2000“ ist Information pur — und damit politische Werbung in neuer Form. Politische Themen werden in Aktionen umgesetzt. Wir reden nicht nur über Zukunftstechnologien, wir führen sie auch vor. Wir wollen aufklären



Statt langer Wahlreden lockere Begegnung mit den Bürgern: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm auf dem Euromarkt 2000.

und damit zugleich vielen Menschen die Angst vor den rapiden Veränderungen nehmen, die der europäische Binnenmarkt mit sich bringen wird. Die CDU geht auf die Menschen zu, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Das bedeutet auch, selbst zuzuhören, neue Fragen und Anliegen der Bürger aufzunehmen.

Europa liegt vor unserer Haustür

Was der Euromarkt auch deutlich machen will: Europa liegt schon überall vor unserer Haustür. Neben 2000 Städtepartnerschaften sind es die vielen europäischen Projekte, mit denen viele Städte, die Bürger und vor allem die Arbeitnehmer mit Europa in Berührung kommen.

In Itzehoe gibt es ein europäisches Forschungsprojekt für Mikrochips, im Kreis Leer hilft der EG-Sozialfonds bei der beruflichen Integration von Behinderten, und Karlsruhe bewirbt sich gerade um

den Sitz der EG-Umweltagentur. Überall in der Bundesrepublik arbeiten Firmen, vor allem auch kleine und mittlere, deren Export überwiegend in die EG geht. Es gibt einen immer lebhafteren Austausch zwischen europäischen Schulen und Universitäten.

Der „Euromarkt 2000“ wird von prominenten Unions-Politikern aufgesucht. Norbert Blüm war auf der Eröffnungsveranstaltung in Düsseldorf, Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler und eine Reihe weiterer Bundesvorstandsmitglieder der CDU, wie zum Beispiel Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Ministerpräsident Lothar Späth und Bundesminister Wolfgang Schäuble, nehmen Tourtermine wahr. Vor allem ist der Euromarkt auch Forum für die Europapolitiker der CDU, die sich der Fragen der Bürger zu Europa natürlich als besondere Experten annehmen werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Im deutschen Interesse: Ja zu Europa

Christdemokraten bauen Europa



Die kommerzielle Großflächenplakatierung beginnt am 26. Mai und umfaßt zwei Dekaden bis zum Wahltag. Dafür stehen zwei Motive, das obige Kanzler-Motiv und das Slogan-Plakat auf Seite 3, zur Verfügung. Mit der Aufstellung der entsprechenden Parteiplakate (Seite 25 und 27) wird unmittelbar nach Pfingsten begonnen.

UiD

15/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn; Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.